# Mieterinnen- und Mieterverband Basel 1891 www.mvbasel.ch 29.2020

## 1.-29. November: NEIN stimmen!



GEWONA NORD-WEST

**(** 

3ild: Tellplatz, 4053 Basel: eine der Wohngenossenschaften, die ökologisch und sozial sanieren







Jörg Vitelli Genossenschaft für Wohnen und Arbeiten (GEWONA NORD-WEST) \*

## empfiehlt NEIN zu diesem «WRFG»

Als Genossenschafter rufe ich heute zu einem klaren NEIN auf betreffend die «Änderung des «WRFG»».

Nötig ist dieses Referendums-NEIN, weil die ganz normalen Mieterinnen und Mieter weiterhin der Gefahr von überrissenen Sanierungen und von Massenkündigungen ausgesetzt sind. Wir möchten einen Wohnschutz, der auch ausserhalb der Genossenschaften greift. Das jetzige Gesetz garantiert das nicht.

Die jetzt vorliegende Gesetzesänderung hilft praktisch niemandem auf dem Wohnungsmarkt, ausser den Spekulanten, welche die Häuser in Stockwerkeigentum umwandeln und damit die Mieterinnen und Mieter vertreiben. Dies widerspricht den Grundsätzen, wie wir es bei den Wohngenossenschaften kennen und leben. Seit der haushoch gewonnenen Volksabstimmung vor 1½ Jahren stehen wir innerhalb der Wohngenossenschaften für solch echten Wohnschutz ein.

Mein jetziges NEIN soll daher den Weg frei machen für echten Wohnschutz, der dann tatsächlich dem Vorbildcharakter der Wohngenossenschaften entsprechen würde. Die jetzige WRFG-Vorlage ist und bleibt ein «Bschiss-Gesetz».

■ MV BASEL®



## •

# 1. – 29. November 2020: KEIN Wohnraumfördergesetz OHNE Wohnschutz In Wohngenossenschaften sagen wir NEIN zum Bschiss-Gesetz!



Anne-Lise Hilty
Wohngenossenschaft Gnischter \*

Gemäss der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte hat jede Person das Recht auf Wohnung. Doch nicht einmal in der reichen Schweiz ist dies garantiert. Spekulation treibt die Mieten in die Höhe.

Gerade in Zeiten von Negativzinsen legen Investoren und vermögende Privatpersonen ihr Geld noch so gerne in Liegenschaften an, sichern sie sich doch beständige und je nachdem sehr hohe Gewinne. Der Markt, der vermeintlich alles zum Nutzen aller regelt, treibt die Wohnungspreise in für viele unerschwingliche Höhen. Dem gilt es vorzubeugen.

Als Mitglied der Wohngenossenschaft Gnischter weiss ich, dass es möglich ist, diese mieterfeindliche Entwicklung zu bekämpfen. Genossenschaften müssen ihre Häuser instand halten, aber keinen Gewinn erwirtschaften. Und Gesetze, wie sie das Volk mit der Wohnschutzinitiative 2018 eingefordert hat, können ebenfalls für bezahlbare Mieten sorgen.

Der grosse Erfolg der Miet-Wohnschutz-Initiativen wird aber schon wieder von der bürgerlichen Mehrheit des Parlaments offen unterlaufen. Es gilt, wachsam zu bleiben – und die vorliegende Gesetzesänderung abzulehnen!

\* Vorstandsmitglied\*



## **Ivo Balmer**

Genossenschaft Mietshäuser Syndikat \*
Wohnen ist Menschenrecht und kein renditegetriebenes Anlageobjekt.
Die vorliegenden Anpassungen am «WRFG» tragen diesem Grundsatz nicht mal im Ansatz Rechnung. Daher klar «Nein» zu diesem «Bschiss». Die Mehrheit der Wohnungen bleibt mit dieser gesetzlichen Neufassung ungeschützt und den Marktkräften immer noch ausgeliefert.

Die Renditeoptimierungsstrategie – durch Sanierungskündigung und anschliessender Neuvermietung das Ertragspotential der Investitionen zu heben – bleibt bestehen. Die vielen noch bezahlbaren Bestandswohnungen sind damit weiterhin akut gefährdet. Daher klar «Nein» zu diesem «Bschiss».

Wir brauchen jetzt eine Verschnaufpause auf dem Wohnungsmarkt. Alternativen sind vorhanden. Sowohl in Form der nun ausformulierten «Echtwohnschutzinitiative» als auch mit dem dauerhaften gemeinnützigen Kostenmietmodell. Die lokalen Wohnbaugenossenschaften sind nicht zuletzt auch der lebhafte Beweis, dass sozialverträgliche und ökologische Sanierungen sicher kein Widerspruch sind. Daher klar «Nein» zu diesem «Bschiss».

Bezahlbare Mieten sind möglich. Wir müssen nur wollen! \* Präsident



## Sarah Wyss

Wohnbau-Genossenschaft Nordwest \*
Die im Jahr 2018 glanzvoll gutgeheissene Wohnschutzinitiative ist für den Erhalt und die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum von grosser Bedeutung. Das bürgerliche Parlament weigerte sich jedoch, die Initiative nach dem Volkswillen umzusetzen. Die jetzt vorliegende Umsetzung ist zahnlos und muss mit einem klaren NEIN bekämpft werden, damit wir einen Wohnschutz mit Zähnen erhalten. Denn die Mehrheit der Baslerinnen und Basler erhält mit den jetzt vorliegenden Änderungen keinen Schutz vor Massenkündigungen und über-

\* Verwaltungsrätin

#### Soziale Nachlassplanung

mässigen Mietzinserhöhungen!

Es gibt viele private Hauseigentümer, welche das Mietzinsniveau nicht ausreizen. Beim Ableben geht die Liegenschaft dann an die Erben, welche sie in der Regel zum Höchstpreis verhökern. Parallel dazu wird den Mieter/innen gekündigt. Einzelne Wohngenossenschaften, zu deren Vertretern wir volles Vertrauen haben, sind bereit, solche Häuser zu kaufen mit dem Ziel, dass die Mieter/innen zu bezahlbaren Mieten bleiben können. Melden Sie uns. wenn Sie Anzeichen sehen, dass ein Haus seines «quten» Hausbesitzers verlustig gehen (und dann in falsche Hände geraten) könnte. Wir sichern Ihnen Diskretion zu.

#### Impressum

MV Basel 1891, Pf, 4005 Basel. Bild links: František Matouš, Fotograf, Basel; übrige: zVg. Layout: Hannah Traber, St. Gallen Druck: Topsiebdruck, Münchenstein. Verantwortlich: Beat Leuthardt





